

16. 7/11
Stadtgemeinde Weinsberg.

Anbauvorschriften

für das Baugebiet umgrenzt von der Hirschberg=, Hildt= und Lenaustraße bis zur östlichen Grenze der Parz.Nr.2039/1, 2039/2 und 20 m östlich von Gebäude Nr.47 der Hirschbergstraße.

(Zu vergl. den Lageplan vom 3. März 1937).

Auf Grund von Art.11 Abs.5, Art.36, Art.39 Abs.1, Art.56, Art.66 Abs.2 der BauO., §§ 2 und 3 der VO. über Baugestaltung i.V.m.Art.98 Abs.1 und Art.101 Abs.3 der BauO. wird für das vorbezeichnete Gebiet folgende besondere Anbauvorschrift erlassen:

§ 1.

In dem Gebiet dürfen, abgesehen von kleineren Nebengebäuden, nur Wohngebäude errichtet werden. Für die Stellung der einzelnen Gebäude gelten die Einzeichnungen in dem Bebauungsvorschlag vom 13. 2.1937 und Aufrißschema vom 12.2.1937 als Richtlinien.

§ 2.

Die Gebäude müssen seitlich an der nordwestlichen Grenze mindestens 2.50 m, an der südöstlichen Grenze mindestens 4.50 m, von anderen Gebäuden auf dem gleichen Grundstück mindestens 7 m Abstand einhalten. Auf den im Plan vom 3.3.1937/10.4.1937 mit Bauverbot belegten Flächen können von der Baupolizeibehörde an ihr geeignet erscheinenden Stellen kleine Nebengebäude wie Gartenhäuschen, Garagen und dergl. zugelassen werden (Größe bis zu 12 qm).

§ 3.

Die Gebäude dürfen entsprechend den Einschrieben im Bebauungsplan nicht mehr als 1 bzw. 2 Stockwerke entsprechend den Einzeichnungen im Bebauungsvorschlag vom 13.2.1937 unter dem Dachgesims erhalten. Die Höhe vom natürlichen Gelände bis zur Oberkante

der Dachrinne der 1=stockigen Bebauung darf an keiner Stelle mehr als 5,50 m, bei der 2=stockigen Bebauung nicht mehr als 7 m betragen, außerdem ist das Gelände soweit aufzufüllen und gleichmäßig zu verziehen, daß die endgültige Gebäudehöhe nirgends mehr als 6.50 m beträgt.

§ 4.

Etwaige Auffüllungen und Abgrabungen des Geländes müssen auf die Geländeverhältnisse der Nachbargrundstücke Rücksicht nehmen. Sie dürfen das Ortsbild und die Gestalt des natürlichen Geländes nicht beeinflussen.

§ 5.

Für die Dachformen sind die Einzeichnungen im Bebauungsplan vom 13.2.1937 maßgebend. Satteldächer müssen eine Dachneigung von 50° erhalten. Dachaufbauten sind nur in dem unbedingt nötigen Umfang und insoweit zulässig, als sie die geschlossene Wirkung des Hauptdaches nicht beeinträchtigen. Ihre Gesamtlänge darf an einer Seite nicht mehr als ein Drittel der Gebäudeseitenlänge betragen.

§ 6.

Die Außenseiten der Gebäude sind zu verputzen oder zu verschlemmen, die Verwendung von auffallenden Farben ist zu vermeiden. Für die Dachdeckung sind Ziegel (Biberschwänze oder ~~FW~~Walzpfannen) zu verwenden.

§ 7.

Die Einfriedigungen der Grundstücke sind einheitlich nach näheren Angaben der Baupolizeibehörde zu gestalten. Soweit die Einfriedigungen nicht nach Art.100 Abs.4 der BauO. genehmigungspflichtig sind, ist ihre Ausführung vor Beginn der Bauarbeiten der Baupolizeibehörde unter Vorlage wenigstens einer Handzeichnung anzuzeigen. Mit der Ausführung kann

frühestens nach 14 Tagen begonnen werden, wenn sie nicht innerhalb dieser Frist untersagt oder ausdrücklich zugelassen wird.

Die Vorgärten und sonstigen unüberbaubaren Flächen an Straßen sind geordnet anzulegen und zu unterhalten.

§ 8.

Gemäß Art. 110 Abs. 1 der BauO. sind mit Rücksicht auf die Bestimmungen in §§ 4 - 7 dieser Anbauvorschriften in den Baugesuchsplänen sämtliche Gebäudeseiten sowie die Geländeverhältnisse in der Umgebung der Gebäude bis zur Straße nebst den geplanten Veränderungen des Geländes darzustellen. Außerdem sind auf Verlangen der Baupolizeibehörde Übersichtsskizzen oder Lichtbilder vorzulegen, aus denen die Einfügung des geplanten Gebäudes in seine Umgebung und die bestehende Bebauung ersichtlich sind.

=====

Aufgestellt!

Weinsberg, den 12. Februar 1937.

Stadtbauamt:

J.H. *Eise*

Ergänzt

8. 1. 40.

Rohrer